

Von Ronen Steinke

Der israelisch-deutsche Autor Meron Mendel hat ein Buch geschrieben über die politischen Debatten rund um Israel, die in Deutschland auch deshalb so leidenschaftlich und explosiv geführt werden, weil damit hierzulande indirekt oft deutsche Schuld, deutsches moralisches Distinktionsbedürfnis und deutsche Selbstentlastung mitverhandelt werden.

In den Worten des Autors: „Um kein Thema kämpft die deutsche Linke so erbittert wie um das Verhältnis zu Israel, kein Thema hat mehr Bedeutung für die Definition der ‚Wir-Identität‘. Es stimmt, dass der Nahostkonflikt auch für Linke in anderen Ländern ein wichtiges Thema ist, aber nur in Deutschland trägt er so zentral zu einer innerlinken Revierbildung bei.“

Das Buch ist ein 224-seitiges Essay. Es ist aus einer Position des Aufseifers heraus geschrieben, der sich auch selbst hinterfragt: „Zu Hause im Kibbuz hielten wir uns für links, tolerant und weltoffen“, schreibt Meron Mendel über seine Jugend in Israel. „Die Lebensrealität war aber wenig bunt: Hier lebten nur Juden – und so ist es bis heute. Arabern begegneten wir nur, wenn wir in die Zelte der benachbarten Beduinen eingeladen waren. Ansonsten kannten wir sie vor allem aus den Fernsehberichten über militärische Konflikte an den israelischen Grenzen.“

„Israelis und Palästinenser haben einen ähnlichen Sinn für Humor.“

Meron Mendel erzählt: Als er als israelischer Student für die Rechte der Palästinenser eintrat, erwartete er von diesen – voller Stolz – gleich Dankbarkeit. Und war verblüfft, dass keine kam. Heute schüttelt er da über sich selbst den Kopf.

Seit 22 Jahren lebt er in Deutschland, ist hier auch Vater geworden. Er leitet die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main. Im vergangenen Jahr war er sehr gefragt, als bei der Kunstschau Documenta allerlei antisemitische Motive auftauchten, die von manchen als Dritte-Welt-Agitprop verniedlicht wurden. Mendel wurde als eine Art Antisemitismustreit-Mediator gerufen, dem die beiderseitige Rechthaberei aber bald zu albern wurde und der deshalb hinwarf. Und bevor er nun in seinem Buch zu einer Argumentation ansetzt, erläutert er stets historische Hintergründe. Ruhig und sachlich.

Dies ist ein Buch, das den Freunden deutscher Alles-oder-nichts-Israelisolidarität missfallen wird. Meron Mendel bekennt sich dazu, die Produkte von israelischen Siedlern, die sich illegal palästinensi-

Gebrauchsanweisung zur Israel-Debatte

Mitten hinein in hitzige Antisemitismus-Diskussionen veröffentlicht Meron Mendel ein Buch als Anleitung. Was für ein Gewinn



Meron Mendel, geboren 1976 in Ramat Gan bei Tel Aviv, ist Direktor der Bildungsstätte Anne Frank und Professor für transnationale Soziale Arbeit an der Frankfurt University of Applied Sciences. FOTO: DPA

sches Land unter den Nagel reißen, schon boykottiert zu haben, bevor das in manchen, sich als antimperialistisch verstehenden Kreisen in Europa schick wurde. Natürlich habe er als junger Israeli in den 1990er-Jahren das Biogemüse aus dem Siedlungsblock Gusch Katif gemieden: „Ich kann mich noch lebhaft erinnern, wie ich meine Eltern zu überzeugen versuchte, Siedlungsprodukte zu boykottieren – mit

mäßigem Erfolg.“ Und natürlich sei das auch heute noch richtig.

Meron Mendel hält auch wenig davon, wenn heute Springer-Journalisten oder etwa die Jüdische Studierendenunion in Kritik an Israel stets Antisemitismus zu erkennen meinen. Unsinn, schreibt er: „Als Jungendlicher in Israel wäre ich nie auf die Idee gekommen, dass die Angriffskriege der arabischen Staaten gegen Israel oder

der arabische Boykott Ausdrucksformen von Antisemitismus sein könnten. Natürlich trägt der andauernde militärische Konflikt dazu bei, dass Antisemitismus in arabischen Staaten virulenter wird.“

Es gehe im Kern um einen politisch-militärischen Konflikt, schreibt Mendel, und deshalb müsse man schon genau hinschauen und zurückhaltend urteilen, wenn sich heute in Deutschland etwa Menschen mit pa-

lästinensischem Familienhintergrund schriller äußerten.

Aber auch die palästinensolidarische Szene in Deutschland, die Israel „endlich“ mal die Meinung geigen will (und dabei zu einem großen Teil aus von der Schuld der Nazi-Opas belasteten, weißen Männern und Frauen besteht), wird Meron Mendels Buch nicht mögen. Als linken Kronzeugen dieser Szene gibt er sich nicht her. Stattdessen erzählt er belustigt, wie er 2014 einmal versuchte, in Frankfurt einen Schüleraustausch mit einer arabischen Schule in Israel zu organisieren.

Zwei (deutschstämmige) Frankfurter Lehrer stoppten das letztlich. Aus Solidarität mit Palästina, wie sie erklärten, „Mit beeindruckendem Selbstbewusstsein belehrten sie mich, dass jedes Projekt in Israel eine Unterstützung der ‚Apartheid‘ von jüdischen und arabischen Israelis bedeute.“ Mendel werde nie vergessen, schreibt er, „wie ich unseren irritierten Freunden von der arabischen Schule die Absage aus Frankfurt zu erklären versuchte“.

Dies ist ein großes, in großer geistiger Unabhängigkeit geschriebenes Essay

Es sind solche Formen des Boykotts, die er als selbstgerecht beschreibt, und er erinnert dabei auch daran, wie ein Held der Boykott-Bewegung, der kamerunische Denker Achille Mbembe, einmal darauf bestand, dass eine israelische Wissenschaftlerin, die Psychologin Shifra Sagy, von einer internationalen Konferenz in Südafrika aus eingeladen werde. Sagy hätte dort ihr palästinensisch-israelisches Friedensprojekt „Empathie gegenüber dem anderen“ vorstellen sollen. Mendel führt noch weitere solcher Beispiele aus.

Und nicht zuletzt: Mendel wundert sich über das neuerdings modische, aus der postkolonialen Forschung kommende Wehklagen darüber, das Gedenken an den Holocaust „blockiere“ den Blick auf andere Genozide und es gebe ein „Tabu“, diese Genozide miteinander zu vergleichen. Nonsense, meint Mendel mit Blick auf den Forschungsstand, von wegen „Tabu“. Er wundert sich, wenn Deutsche sich auf diese Weise als Opfer einer vermeintlichen jüdischen oder jüdisch beeinflussten Diskurspolizei darstellen wollten. Die Erinnerung an historische deutsche Kolonialverbrechen werde in Deutschland gewiss durch vieles, aber „nicht durch die Beschäftigung mit dem Holocaust verhindert“.

Dies ist ein Essay, das insgesamt recht klar aus einer israelischen Perspektive kommt. Etwa, wenn Mendel die frühe Annäherung der Adenauer-Bundesrepublik und Israels als einen schmutzigen Deal abtut: Israels Premier David Ben-Gurion ha-

ben den Deutschen im Austausch gegen Wiedergutmachungsmillionen ein paar völlig unverdiente und geheuchelte Freundlichkeiten gegeben, diese dringend brauchen, um auf dem internationalen Parkett aus dem Paria-Status herauszukommen.

Oder auch, wenn Mendel schreibt: „Israelis und Palästinenser haben einen ähnlichen Sinn für Humor. Wir schmunzeln gerne über die Deutschen, eine Nation mit 80 Millionen Nahostexperten. Auch wenn wir es nur selten offen sagen, wissen wir es alle: Die leidenschaftlichsten Unterstützer der israelischen und der palästinensischen Sache leben in Deutschland – aber die meisten von ihnen haben nicht die leiseste Ahnung von der Situation vor Ort.“

Aber es ist ein Buch, das gleichzeitig vom Verstehenwollen und von grundsätzlicher Sympathie gegenüber den meisten, den weniger selbstgewissen heutigen Deutschen geprägt ist, und das allein deshalb auch in der linken, geiperten, tätowierten Israeli-Bubble in Berlin nicht gut ankommen dürfte. In jenen Kreisen also, die aus großer geografischer Entfernung heraus Maximalkritik an der heimischen israelischen Politik üben und sich dabei oft so überlegen und heroisch vorkommen, als koste das Netanjahu-Kritisieren auch in Berlin-Kreuzberg irgendeinen Mut. Mehr noch: die sich ihrerseits als Opfer einer vermeintlich Netanjahu-hörigen rechten Diskurspolizei gerieren.

„Solange die eine Seite Israelboykott immer als Form des Antisemitismus sieht und die andere Seite Boykott immer als legitimes Mittel im palästinensischen Kampf für Freiheitsrechte, werden wir von einem Skandal zum nächsten stolpern“, schreibt Mendel. „Solange in Deutschland beide Seiten den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern nur als Projektionsfläche nutzen, um ihre eigene moralische Überlegenheit zur Schau zu stellen, wird keine aufgeklärte Diskussion möglich sein.“

Kurz gesagt: Dies ist ein großes, in großer geistiger Unabhängigkeit geschriebenes Essay eines Autors, der an billigem Applaus und muffigem Zugehörigkeitsgefühl offenbar so fasziniert desinteressiert ist, wie es auf diesem Gebiet leider sehr, sehr selten geworden ist. Differenziert, gründlich – und kurz.



Meron Mendel: Über Israel reden. Eine deutsche Debatte. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2023. 224 Seiten, 22 Euro.

Keine Panik

Zum Auftakt der Lesereise von Klimaaktivistin Luisa Neubauer in Wiesbaden

Sie schleicht sich auf die Bühne ohne Vorwarnung oder Ankündigung, ohne sich selbst vorzustellen, nimmt in einem der beiden gemütlichen Polstersessel im Oma-Style Platz und beginnt, aus ihrem Buch vorzulesen. Mehr ist auch nicht nötig, denn alle der gut vierhundert Zuschauer, die den Weg in das Wiesbadener Kulturzentrum „Schlachthof“ gefunden haben, um diese Lesung, die zugleich der Beginn der deutschen Lesetour ist, kennen die junge Frau in Schwarz. Da sind sie nicht die Einzigen – Luisa Neubauer dürfte, neben Angela Merkel und Barbara Schöneberger, eine der bekanntesten Frauen Deutschlands sein.

Das Publikum: Jede Kirche, jede Partei und jede Firma würden sich so eine Kundenschaft wünschen, sie ist der Traum einer jeden Powerpoint-Präsentation über Zielgruppen, Adressaten und ideale Kundenschaft. Es haben sich überwiegend junge Frauen eingefunden, aber auch ältere Menschen und einige junge Herren, gut zu erkennen an Basecap oder Beanie, die sie auch im Innenraum aufbehalten. Es ist ein diverses Publikum, es erscheint in kleinen Gruppen oder en famille, Grüsse werden ausgetauscht, Umarmungen, und dann kehrt Ruhe ein. Anderthalb Stunden lang wird Luisa Neubauer lesen und mit der Schweizer Journalistin Nina Kunz in den Dialog treten, am Ende werden auch noch Fragen aus dem Publikum zugelassen und in all der Zeit gibt es aber keinen Mucks, keine Unruhe und keine Zwischenrufe.

Ihr Buch mit Oma entstand in den Elbvororten, unter Genuss von Eierlikör

Niemand hier ist aufgrund der katastrophischen Klimakrise in Panik erstarrt, verückt vor Sorge oder zerfressen von Ungeduld, zumindest ist man dies nicht, solange Luisa Neubauer spricht oder liest. Vor dem Eingang hatte es noch ein wenig nach Joints gerochen, im Saal wird Wein aus großen Gläsern und Bier aus Flaschen getrunken. Aber nichts, nein gar nichts im Übermaß.

Die Performance der 26-jährigen Aktivistin ist auf der Höhe der Erwartungen ihres Publikums. Man hätte Mühe, im Deutschen Bundestag, an Hochschulen oder in den Vorständen der großen Unternehmen so eine Eloquenz aufzuspielen. Es gelingt ihr, die Dringlichkeit des Ausstiegs aus der fossilen Energie wie beiläufig deutlich zu machen, mit etwas selbstbezüglichen Humor und vor allem ohne jene Elemente, die die einstige Umweltbewegung immer begleiteten, nämlich den Kitsch. Auf der Bühne thront kein blauer Globus, den wir zu retten hätten, mahnen keine Poster mit moralischen Appellen, selbst die beim Einlass gespielte Musik kommt ohne ökologische Message und Folklore

aus. Kommt Luisa Neubauer auf Aktionen wie jene der „Letzten Generation“ zu sprechen, die die Öffentlichkeit tagelang kirre gemacht haben, enthält sie sich einer Bewertung, sondern wendet die Aufmerksamkeit jenen zu, die diese Aktionen kritisieren: „Du hast eine bessere Idee? Dann leg los, ich bin gespannt!“

Der wahre Star des Abends hat nicht kommen können. Es ist die Großmutter und Co-Autorin Dagmar Reemtsma, denn das Buch ist auch eine Reflexion über hundert Jahre Leben in Deutschland und eine persönliche Frauengeschichte. Frau Reemtsma – die zeitweise mit dem Zigarettenfabrikanten Feiko Reemtsma verheiratet war – feierte Anfang des Monats ihren 90. Geburtstag und hat es nicht geschafft, nach Wiesbaden zu reisen. Das Buch entstand, berichtet Neubauer, als Dialog in der großmütterlichen Küche ihres Hauses in den feinen Hamburger Elbvororten unter Genuss von reichlich Eierlikör.

Im Buch sind auch Leserbriefzitate, die die Großmutter schon in den 90er-Jahren an Autozeitschriften adressierte, um Spritschluckerei und Autofetischisierung anzuprangern. Kein Zweifel, hätte man in Deutschland zeitig auf solche Stimmen gehört, stünden nicht nur die klimatischen, sondern eben auch die mobilitätstechnologischen und innovativen Dinge besser. Aber die deprimierend lange Dauer vergleichlichen Warnens soll keine Quelle der Entmutigung sein, sondern im Gegenteil eine

Lehre. Es reicht eben nicht, so entwickelt es Luisa Neubauer, aufzuklären und zu informieren, auch an der Machtverteilung in der Gesellschaft muss sich etwas ändern. Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich vom Druck der fossilen Interessenverbände befreien.

An Zigaretten wurde ihre Familie reich, und sie weiß um den Preis

Ein intimer Moment entwickelt sich, als Neubauer einige Seiten über den frühen Tod ihres Vaters liest. Sie dekonstruiert den damals häufig gehörten Spruch: „Krebs ist ein Arschloch.“ Das sei zwar in tröstlicher Absicht geäußert worden, aber der entlastende Kraftausdruck lenkte auch ab von anstrengenden Gedanken, etwa der tatsächlichen Verantwortung einer Zigarettenindustrie für den Verkauf krebsregender Produkte – man kann sagen, dass ihre Familie an diesem Verkauf sehr reich wurde, und die junge Aktivistin zugleich um den Preis weiß.

Die immens mächtige Lobby der fossilen Unternehmen kopiert, so die Pointe Neubauers, nun die Desinformationsmethoden der Tabakindustrie. Das ist übrigens, wie alles, was sie schreibt und erzählt, solide belegt. Aber nicht nur der Inhalt, auch die Form stimmt: Während des ganzen Abends verliert sie nie den

Faden, meidet Jargon und nervige Sprachmarotten.

Nicht an Krebs sterben, nicht in der Klimakrise umkommen und stattdessen die Natur und unsere Zivilisation so gut es geht bewahren und entwickeln und genießen, das ist in etwa das vorgestellte Programm. Hier werden keine wilden Utopien entworfen, niemand beklagt das Ende der Welt, vielmehr herrscht eine durchgehend Midtempo-Mischung aus Entschlossenheit und Gelassenheit.

Hier konzentriert sich weit mehr als das Potenzial für eine freitägliche Klimademo oder diverse Bürgerinitiativen, nämlich der Kern einer bedeutenden politischen und gesellschaftlichen Kraft, deren zentrales Thema Defossilisierung und Innovation wären. Es ist offensichtlich, dass sich die Begeisterung für die Ampelkoalition an diesem Abend in Wiesbaden in sehr engen Grenzen hält.

Später einmal wird es in politikwissenschaftlichen Dissertationen um die Frage gehen, warum solche engagierten und diversen Wählerinnen und Wähler den Grünen oder auch den Liberalen abhandeln. Denn in dieser ideologischen Offenheit, der Neugier auf neue Technologien zur Förderung erneuerbarer Energie und generell einem Streben nach überaus bürgerlicher Selbstermächtigung, wäre hier auch für eine intelligente liberale Partei ein Publikum gewesen.

Nils Minkmar



Klimaaktivistin Luisa Neubauer im Gespräch mit der Journalistin Nina Kunz.

FOTO: ANNA SOMMER

Lass gut sein

Die Hohenzollern verzichten auf Entschädigung

In einem Interview mit der *Welt* hat Georg Friedrich Prinz von Preußen den Verzicht der Hohenzollern auf rund 4000 enteignete Kunst- und Sammlungsgegenstände bekannt gegeben, für die sie nach dem Entschädigungsgesetz und Ausgleichsgesetz des Jahres 1994 Rückgabeanträge gestellt hatten. Das ist ein bemerkenswerter Vorgang. Über Jahrzehnte hinweg hat das Haus Hohenzollern zähe Verhandlungen über diese Objekte geführt, die sich vor allem bei der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten in Potsdam sowie der Stiftung Preussischer Kulturbesitz und im Deutschen Historischen Museum in Berlin befinden. Verhandlungspartner waren und sind die Träger dieser Institutionen, das Land Brandenburg, der Bund und das Land Berlin. Parallel zu diesen außergerichtlichen Verhandlungen sind Klagen der Hohenzollern vor dem Verwaltungsgericht Potsdam anhängig. Die Verzichtserklärung ist nur sinnvoll, wenn sie die Rücknahme dieser Klagen beinhaltet.

Es handelt sich bei dem von Georg Friedrich Prinz von Preußen in den Vordergrund gestellten beweglichen Gegenständen um Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen, Möbel, Teppiche, Bibliotheksbestände sowie historisch bedeutsame Gegenstände wie Kronen und Reichsschwerter. Ihr numerischer Anteil an den öffentlichen Sammlungen, in denen sie gezeigt oder in Depots verwahrt werden, ist sehr gering. Nur für diese Objekte konnten überhaupt Rückgabeforderungen geltend gemacht werden. Enteignet wurden nach Besatzungsrecht in den Jahren zwischen 1945 und 1949 aber zugleich Immobilien der Hohenzollern. Bei ihnen ist die Rückgabe ausgeschlossen, hier ließen sich lediglich Entschädigungsforderungen stellen.

Der mit Hitler sympathisierende Kronprinz sei nur der „Vorerbe“ gewesen, heißt es jetzt

Der symbolische und historische Streitwert der Verhandlungen zwischen den Hohenzollern und den staatlichen Stellen war und ist hoch, weil das Ausgleichsgesetz alle Rückgaben und Entschädigungen für Enteignungen ausschließt, wenn der Antragsteller der nationalsozialistischen Herrschaft „erheblichen Vorschub“ geleistet hat. Dadurch rückte der in der weiteren Öffentlichkeit zuvor wenig bekannte Chef des Hauses Hohenzollern zum Zeitpunkt der Enteignungen in eine Schlüsselposition, der vormalige Kronprinz Wilhelm von Preußen (1882 – 1951), Sohn Kaiser Wilhelms II. Seine Sympathien für den Nationalsozialismus sind umfangreich belegt.

Als das Finanzministerium des Landes Brandenburg unter Verweis auf die Vorschubklausel Entschädigungsforderungen der Hohenzollern für enteignete Immobilien abwies, klagte Georg Friedrich Prinz

von Preußen im November 2015 gegen diese Entscheidung beim Verwaltungsgericht in Potsdam. Seitdem sind in der öffentlichen Debatte historisches und juristisches Urteil miteinander verknüpft. Durch die Klage waren die außergerichtlichen Verhandlungen zwischen den staatlichen Stellen und dem Haus Hohenzollern belastet, der Prozess ruhte immer wieder, um außergerichtliche Einigungen nicht zu erschweren. Es ging dabei nicht nur um strittige Eigentumsverhältnisse, sondern auch um die ausgelauenen Verträge für Dauerleihgaben des Hauses Hohenzollern an die öffentlichen Kulturinstitutionen in Potsdam und Berlin. Zeitweilig hatten die Hohenzollern gar mit dem Abzug ihrer Dauerleihgaben gedroht.

Der „Chef des Hauses“ hatte Historiker und Journalisten mit Klagen überzogen

Es ist interessant, dass Georg Friedrich Prinz von Preußen in seiner Erklärung auf ein juristisches Detail verweist, demzufolge im Ervertrag der Hohenzollern „der ehemalige Kronprinz nur sogenannter ‚Vorerbe‘, während mein Großvater Prinz Louis Ferdinand ‚Nacherbe‘ war“. Damit deutet er die Möglichkeit an, dass juristische Urteil in der Entschädigungsklage vom historischen Urteil über den Kronprinzen Wilhelm zu entkoppeln. Wenn unklar ist, wer überhaupt enteignet wurde, berührt das die in allen historischen Gutachten auf den Kronprinzen konzentrierte „Vorschubfrage“. Bisher war es die Linie des Hauses, die Nähe des Kronprinzen zum Nationalsozialismus anzuerkennen, aber unter Hinweis auf sein geringes politisches Gewicht zu bestreiten, dass er in der Lage war, dem System „erheblichen“ Vorschub zu leisten.

Durch seine Erklärung hat Georg Friedrich Prinz von Preußen den Weg frei gemacht für einen Fortgang und Abschluss der außergerichtlichen Verhandlungen zwischen den Hohenzollern und den staatlichen Stellen. Dazu dürfte die Einsicht beigetragen haben, dass die politischen und symbolischen Kosten der „Vorschub“-Debatte für die Hohenzollern in den vergangenen Jahren zu hoch geworden sind. Zu diesen Kosten hatte nicht zuletzt die Klagefreudigkeit beigetragen, mit der Georg Friedrich in ihrem Verlauf gegen Historiker und Journalisten vorgegangen war und die er nun ausdrücklich bedauert. Der im juristischen Detail angedeuteten Wendung vom Kronprinzen Wilhelm, seinem Urgroßvater, zu Louis Ferdinand Prinz von Preußen, seinem Großvater, dürfte eine historische Fokus-Verlagerung folgen.

Für diesen Donnerstag hat das Haus Hohenzollern eine öffentliche historische Debatte über die eigene Geschichte im 20. Jahrhundert im Haus der Bundespresskonferenz angekündigt. **Lothar Müller**